

Schlanker Staat, volles Sofa

Die Flüchtlinge kommen. Aber wohin mit ihnen? Der Staat ist mit der Aufnahme offensichtlich überfordert. Das gestehen sich sogar Bundestagsabgeordnete ein und fordern Bürgerinnen und Bürger zur Aufnahme von Kriegsopfern auf. Das hat nach dem zweiten Weltkrieg schließlich auch geklappt. Aber was, wenn man diesen Gedanken zu Ende denkt? Von Christian Jakob



Er hatte ganz offensichtlich ein schlechtes Gewissen. Das „ungelöste Problem“ liege in seinem Flur, schrieb der von mir sehr geschätzte Kollege kürzlich in seiner Kolumne, die Parole in schwarzer und roter Sprühfarbe: „Refugees welcome“. Flüchtlinge willkommen. Seine 17-jährige Tochter besuche eine „engagierte Schule in Berlin“. Doch was, wenn sie es an die Fassade des väterlichen, also seines, Gründerzeithauses hänge? „Vielleicht versteht das jemand wörtlich und möchte bei uns einziehen.“ Dabei habe er „ein großes Herz in politischen Dingen“. Die Einwanderungspolitik Deutschlands nannte er wie zum Beweis im selben Text „kurzsichtig und menschenverachtend“. Doch könne er Migration fördern, indem er in seiner Wohnung zusammenrücke? Die Tochter sei bereit, „für eine Zeit das Zimmer zu räumen“. Wo sie schlafen wolle? „Vielleicht im Kabuff im Flur‘ – ein Stauraum ohne Frischluft und Steckdose.“ Der Kollege war nicht begeistert. Wenn ein Flüchtling im Wohnzimmer auf dem Sofa nächtigt, könne er abends nicht mehr fernsehen und Musik hören, schrieb er. Sein eigenes Schlafzimmer? „Ich könnte auf's Wohnzimmersofa ziehen. Aber was, wenn wir als neuen Mitbewohner eine schreckliche Nervensäge bekommen? Den kann man nicht einfach zurückschicken.“ Ihm erscheine seine 120-Quadratmeter-5-Zimmer-Wohnung für vier Personen plötzlich „ziemlich klein“.

Ein fremdenfeindlicher kleinbürgerlicher Linker?

Das Transparent sollte vorsichtshalber erst mal nicht an die Fassade. Stattdessen gelobte er, „für den Anfang“ Deutschunterricht zu geben oder „Zugereiste in bürokratischen Dingen zu unterstützen“. Wenn die Kinder später ausgezogen sind, werde über die Wohnungsfrage „nochmal neu nachgedacht“. Ist das eine typische linke Kleinbürgerseele – großzügig und fortschrittlich nach Außen, geizig und spießig, wenn es drauf ankommt? Ein Fremdenfeind gar, der keine Afrikaner in seiner Wohnung will?

Im August 2014 rief der CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Patzelt aus Frankfurt (Oder) die Bürgerinnen und Bürger zur Aufnahme von Kriegsopfern auf. Die Deutschen seien es gewohnt, dass Hilfeleistungen über staatliche Stellen oder Träger der Wohlfahrt geleistet werden, erklärte er. Doch dies stoße an Grenzen. „Deshalb rufe ich die Menschen in unserem Lande auf, über eine zeitnahe Aufnahme von Flüchtlingen, insbesondere von Müttern mit Kleinkindern, in ihren eigenen Häusern oder Wohnungen nachzudenken“, sagte der Parlamentarier. Sowohl der verfügbare Wohnraum, etwa Gästezim-

mer, als auch „die materiellen Voraussetzungen vieler Bürger“ seien so beschaffen, dass eine Aufnahme von Gästen „organisatorisch wie finanziell keine wesentliche Last darstellen würde“, sagte Patzelt. Er verwies auch auf die Vertriebenengeschichte „meiner Familie nach dem Zweiten Weltkrieg“.

Nach dem Zweiten Weltkrieg. Mein Vater erzählt mir bis heute immer wieder, wie 1945 englische Soldaten ins – nicht allzu große – Haus kamen. Sie zählten die Räume, zählten die Kinder und am Ende sagten sie: „Bei Euch ist noch Platz für sieben.“ Eine Woche später wohnten die Vertriebenen aus Ostpreußen unterm Dach in der zerbombten niedersächsischen Provinz. Eine von ihnen blieb sein Leben lang die beste Freundin meines Vaters. „Das ging damals auch“, sagt er heute.

Aber der Zweite Weltkrieg ist vorbei. Und mein Kollege muss heute nicht sein Schlafzimmer räumen, um kein Fremdenfeind zu sein.

2012 schrieb ich einen Text über den jungen Roma Miroslav Redzepovich. Zehn Jahre zuvor hatte sich dessen Vater im Rathaus der Stadt Syke verbrannt, um gegen die drohende Abschiebung seiner Familie zu protestieren. Kurz nachdem er beerdigt wurde, schob die Ausländerbehörde den Rest der Familie in den Kosovo ab – nach elf Jahren in Deutschland. Die Mutter erkrankte im Kosovo an Krebs, er wurde von der Polizei misshandelt. Im Oktober 2010 machte er sich erneut auf den Weg nach Deutschland. In Hamburg wohnte eine Tante, dort wollte auch er leben. Tatsächlich gelang ihm die Einreise. Doch ausgerechnet am achten Todestag seines Vaters griff die Polizei ihn auf und nahm ihn in Abschiebehaft. Ein neuer Asylantrag wurde sofort abgelehnt. 2010 wurde Redzepovic „noch atmend“ bei einer Zellenkontrolle aufgefunden, sagte damals ein Sprecher der Hamburger Justizbehörde. Er hatte versucht, sich mit Schnürsenkeln zu erhängen. Anfang 2011 wurde er aus der Psychiatrie entlassen, war wieder geduldet. Dann schrieb ihm die Ausländerbehörde, er möge psychisch krank sein – sei aber „flugtauglich“. Er möge hier seine Kindheit verbracht haben – sei aber „nicht in Deutschland verwurzelt“ und wollte ihn erneut abschieben. Sein Psychologe warnte nachdrücklich davor: „Er braucht dringend psychotherapeutische Behandlung.“ Eine Stunde nachdem der Text online stand, kommentierte „Frau Edith Müller“: „Soll sein Psychologe ihn durchfüttern.“

Ein Vorwurf an verhasste Gutmenschen

Warum ich diese Geschichte hier erzähle? Weil sie zeigt, wie das liebste Argument der PI- und sonstiger Rassisten mit der Wohnungsdebatte zusammenhängt. Ihr Vorwurf an die verhassten Gutmenschen lautet: Diese würden die eigene Moral mit dem Geld anderer Leute bezahlen. Wer für offene Grenzen, für Flüchtlingsrechte sei, der solle die verdammten Flüchtlinge doch gefälligst auf eigene Kosten in seiner eigenen Wohnung aufnehmen. Wer anfängt, sich dafür zu rechtfertigen, warum in der eigenen Wohnung kein Platz dafür ist, der macht sich die Argumentation dieser Leute zu Eigen.

Der Kern antirassistischer Politik muss sein, rassistische Sonderbehandlungen abzuschaffen. Auf die gnädige Aufnahme in Kellern, Hobbyräumen oder auf Wohnzimmercouchs angewiesen zu sein, ist das Gegenteil gleicher Rechte: Es ist ein Sonderzustand. Und kein erstrebenswerter. Auch nicht, wenn die Gastgeber es gut meinen; auch nicht, wenn sie reflektiert sind; auch nicht, wenn man dabei Deutsch lernt; auch nicht, wenn es für eine gewisse Zeit auf dem Sofa okay ist und auch nicht, wenn es da, wo man herkommt, viel schlimmer war. Wer der Meinung ist, Flüchtlingspolitik könne mit dem heimischen Sofa gemacht werden, der denkt auch, es sei Sozialpolitik, wenn Obdachlose die Obdachlosenmagazine in der U-Bahn verkaufen.

Problematische Konstellationen

Natürlich ist es besser, die Leute lassen Flüchtlinge in ihrem Wohnzimmer schlafen, als dass sie deren Heime anzünden. Insofern ist die Debatte ein Indiz für Fortschritte. Deutschland hat sich seit den Neunzigern verändert. Die Flüchtlinge haben viele Jahre protestiert, das Thema in die Medien, die Öffentlichkeit gebracht. Die hat reagiert und das nicht schlecht. Es gibt heute ein Ausmaß an Solidaritätsinitiativen, das selbst Leute, die sich professionell mit dem Thema befassen, kaum mehr überblicken können. Das ist wunderbar. Es ändert aber nichts daran, dass eine fundamentale Asymmetrie besteht zwischen denen, die Hilfe brauchen und denen, die in der komfortablen Lage sind, welche anbieten zu können. Das kann unproblematisch bleiben, wenn es Streit gibt um die Fahrradreparatur oder die Hausaufgabenhilfe. Es kann sich aber zum existenziellen Problem auswachsen, wenn es sich um das Dach über dem Kopf dreht. Es braucht nicht viel Phantasie, sich vorzustellen, welche Konstellationen auftreten können, wenn Flüchtlinge massenhaft in irgendwelche Privatwohnungen gesteckt werden:

Frau bei einem Mann, der durchblicken lässt, in seinem Bett sei doch auch noch Platz; Familie mit Kindern bei autoritärer Dame mit Kolonialherren-gesinnung oder stolze Helferinnen und Helfer, die ihre traumatisierten Beholfenen wie Zootiere herzeigen: „Schaut, das ist Ahmed. Seine Frau wurde verschleppt und er drei Mal gefoltert. Gell, Ahmed?“ Kann man erwarten, dass jemand seine Grenzen zeigt, wenn er keine Ahnung hat, wo er sonst bleiben soll? Kaum.

Ein Asylsystem ohne Perspektive

Was aber, wenn es nicht anders geht? Fast zwei Jahre hatten Flüchtlinge den zentralen Oranienplatz im Stadtteil Kreuzberg besetzt gehalten, um darauf aufmerksam zu machen, dass das europäische Asylsystem für die meisten von ihnen nur Obdach- und Perspektivlosigkeit bedeutete. Die Solidarität war riesig. Am Ende versprach Integrationsministerin Dilek Kolat den 576 Flüchtlingen in einem Abkommen eine „wohlwollende Prüfung“ ihrer Anträge auf ein Bleiberecht in Berlin – wenn diese erst mal den Platz räumen. Das war im letzten Frühjahr. Als der Senat zu Ende geprüft hatte, bekamen drei Männer eine Aufenthaltserlaubnis – und diese auch nur aus persönlichen Gründen wie einer Hochzeit. Die anderen sollen die Stadt verlassen – zurück in das Bundesland, in dem ihr Asylverfahren läuft, oder in das EU-Land, über das sie nach Europa gekommen sind. Das aber wollen sie nicht – und sitzen auf der Straße. Letzter Rettungsanker ist seit Oktober die „Schlafplatzorga“ der Refugee-Bewegung. Wer ein Bett für die Nacht braucht, geht am Abend zwischen 18 und 20 Uhr zum Oranienplatz, wo Aktivistinnen und Aktivisten die Liste der privaten Schlafplatzangebote abtelefonieren. Vielen wurde so eine Unterkunft vermittelt – oft allerdings nur für ein paar Nächte. Gleichwohl: Anders hätten manche Flüchtlinge vom Oranienplatz den Winter wohl nicht überstanden. Es ist zweifellos richtig, ja für eine Linke alternativlos, diese praktische Solidarität zu üben. Und trotzdem kann sie nur ein Korrektiv sein, weil der Staat seiner Aufgabe nicht nachkommt – keinesfalls aber den Staat von dieser Aufgabe befreien.

Per Gesetz ist festgelegt, dass Asylsuchende nicht in Wohnungen leben sollen, sondern in Heimen. Die werden meist privat betrieben. Auch wenn sich viele Kommunen mit Händen und Füßen dagegen gewehrt haben, die entsprechenden Verträge offenzulegen, sind doch immer wieder Details bekannt geworden. Und die zeigen: Billiger als der normale Mietzuschuss sind diese Heime meist nicht. Eine teils üble Industrie

macht gutes Geld mit dem Lagern. Doch auch der Staat profitiert von den Sammelunterkünften. Denn sie sind immer auch ein Ghetto. Sie isolieren und stigmatisieren die Bewohnerinnen und Bewohner. Das – Innenpolitiker haben es oft genug deutlich gesagt – ist ein Programm der bewussten Antiintegration. Die Heimunterbringung soll künftige Abschiebungen erleichtern: keine protestierenden Mitschülerinnen und -schüler oder gar befreundete Personen aus der Nachbarschaft, keine Unterstützerinnen und Unterstützer, die Rechtsbeistand oder Arztgutachten besorgen. Dass das Leben in den überfüllten Lagern die Flüchtlinge zermürbt, nimmt der Staat dafür ebenso hin, wie dass die Heime eine bevorzugte Zielscheibe von Rechtsextremen sind.

In Konkurrenz mit Hartz-IV-Empfängern

Manche Städte wie Berlin wollten schon vor einigen Jahren die Regel der zentralen Unterbringung abschaffen. Eigentlich können Flüchtlinge hier durchaus in Wohnungen ziehen. Doch der Rückzug des Staates aus dem sozialen Wohnungsbau hat das Niedrigpreissegment immer weiter ausgedünnt. Dort, wo Asylsuchende sich eine Wohnung zur Miete auf Hartz-IV-Niveau suchen dürfen, konkurrieren sie mit den deutschen Bewerberinnen und Bewerbern um den viel zu knappen Wohnraum. Wie das ausgeht, ist klar.

Christian Jakob
*ist Journalist und
Aktivist und lebt
und arbeitet in
Berlin*

Seit Jahren kämpfen Flüchtlinge gegen die Lager. Ist es dann nicht gut, wenn dafür geworben wird, dass sie in Wohnungen kommen? Es kommt darauf an, wie. Man muss sie nicht vor allen Eventualitäten beschützen als handele es sich um Kinder. Die meisten von ihnen haben wesentlich schlimmeres durchgestanden als paternalistische oder herrische Gastgeber. Bei heimischen Privatleuten zu wohnen

kann ganz wunderbar sein oder ganz fürchterlich. Vorher weiß das niemand und muss auch niemand. Das Zauberwort heißt: Autonomie. Die Aufnahme in Privathäusern ist dann gut, wenn es für Flüchtlinge genauso leicht ist, aus einer unzumutbaren Wohnung wieder auszuziehen, wie für jeden anderen auch. Das ist garantiert nicht der Fall, wenn es heißt: 'Es tut uns leid, die Lager sind alle voll, aber Du kannst bei einer netten Familie auf dem Dachboden schlafen.' Das ist für einen Staat, der schon seit geraumer Zeit soviel Geld einnimmt wie noch nie, genauso inakzeptabel, als würde die Regierung pensionierte Lehrerinnen und Lehrer bitten, umsonst Kinder zu Hause zu unterrichten, um so ein paar Schulen einsparen zu können.

Die Autonomie ist nur dann gewahrt, wenn es sich um ein reguläres Mietverhältnis handelt und die Flüchtlinge kompetente, mündige Mieterinnen und Mieter sind. Für letzteres brauchen sie Beratung und Unterstützung, die volle Kontrolle über ihren Asyl-bLG-Mietzuschuss – und die Gewissheit über Alternativen. Und für die hat der Staat zu sorgen. Nicht die siebzehnjährige Gymnasiastin.<

Fragebogen Nr. 7

23 Jahre, weiblich, Dienst in Kenia bei KJA

Was hast Du gemacht?
Kinderbetreuung in einem Waisenhaus

Was war Dein positivstes Erlebnis?
Ich habe mir fest vorgenommen, die Worte der Kinder, die wie ein warmes Abschiedsgeschenk waren, nie zu vergessen: „Wir danken Dir für dein Jahr mit uns, weil Du uns liebst.“ Na dann. Mehr wollte ich gar nicht. Nur ein bisschen lieben und geliebt werden.

Welche Probleme ergaben sich während dem Dienst?
Vor allem meine deutsche Mitreisende war ziemlich anstrengend, insgesamt anstrengender als alle anderen Hürden. Sie war, wenn ich das richtig wahrgenommen habe, unzufrieden mit ihrer Situation und dann eifersüchtig auf meine.

Hat Dein Geschlecht jemals eine Rolle gespielt?
Klar. Ich denke, eine weiße Frau hat in Kenia automatisch eine andere Rolle als ein weißer Mann. Außerdem wäre es für die Jungs im Heim toll gewesen, mal ein männliches Vorbild zu haben. Obwohl ich mit Fußball gespielt habe...

